

Postgasse 68
3000 Bern 8
Telefon 031 633 75 91
Telefax 031 633 75 97
kommunikation@be.ch
www.be.ch

Bern, 20. Juni 2011

(ckr) (::odma/podocs/docsta/368057/1)

Medienmitteilung des Regierungsrates

Inhalt und Umfang des geplanten Entlastungspakets 2012

Regierung schnürt Entlastungspaket von 277 Mio. Franken

Die Finanzsituation des Kantons Bern bleibt weiterhin angespannt. Dem im Jahr 2012 drohenden Defizit will der Regierungsrat mit einem neuen Entlastungspaket im Umfang von 277 Mio. Franken begegnen. Auch zwischen 2013 und 2015 soll das Entlastungspaket den Haushalt zwischen 242 und 256 Mio. Franken pro Jahr entlasten. Die ursprünglich angestrebte Zielgrösse von 200 Mio. Franken wird deutlich übertroffen. Nach zehn Sanierungspaketen seit Mitte der neunziger Jahre mit einem Entlastungsvolumen von jährlich wiederkehrend rund 1,5 Mia. Franken ist der Spielraum für einfache, rasch realisierbare Einsparungen ausgeschöpft. Das Entlastungspaket führt deshalb in verschiedenen Bereichen zu einem spürbaren Leistungsabbau. Die finanziellen Effekte werden bis im August in das Budget 2012 und den Aufgaben- und Finanzplan 2013–2015 integriert. Der Grosse Rat wird in der Novembersession 2011 die politische Debatte über das Entlastungspaket führen.



Die finanzielle Situation des Kantons Bern wird sich im Jahre 2012 deutlich verschlechtern. Dies insbesondere, weil im nächsten Jahr parallel zu den Steuersenkungen (Steuergesetzrevision, Motorfahrzeugsteuern) zusätzliche Kosten auf den Kanton zukommen: KVG-Revision, Neuordnung der Pflegefinanzierung, Rückstand bei der Entlohnung des Personals, hoher Investitionsbedarf bei Gebäuden und Verkehrsinfrastruktur. Weiter sind Einnahmehausfälle bei den Anteilen an den Gewinnen der Nationalbank zu befürchten. Damit drohen ab 2012 Defizite im Umfang von mehreren hundert Millionen Franken im Jahr.

Keine einfachen Rezepte mehr möglich

Erfolgreiche Sanierungsanstrengungen haben die Finanzpolitik des Kantons Bern seit Mitte der neunziger Jahre geprägt. Mit zehn Sanierungspaketen konnte der kantonale Haushalt um jährlich wiederkehrend rund 1,5 Mia. Franken entlastet werden. Der Regierungsrat hat insbesondere in den Jahren 2009 bis 2011 zusätzliche grosse Anstrengungen zur Entlastung des Haushalts unternommen. Im Budgetvollzug 2009 wurde die bereits im Herbst 2008 erarbeitete Eventualplanung mit diversen Entlastungsmassnahmen im Umfang von 70 Mio. Franken umgesetzt und ab Herbst 2009 durch ein Ausgabenmoratorium ergänzt. Um im Jahr 2010 eine Neuverschuldung zu verhindern, wurde ein Massnahmenpaket erarbeitet, auf die Schaffung von neuen Stellen mit Kostenfolgen verzichtet und den Direktionen und der Staatskanzlei lineare Kürzungsvorgaben auferlegt. Die Entlastungseffekte dieser Massnahmen betragen im Jahr 2010 rund 230 Mio. Franken. Schliesslich legte der Regierungsrat im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Voranschlags 2011 Entlastungsmassnahmen im Umfang von jährlich über 130 Mio. Franken fest. Alle diese Anstrengungen des Regierungsrates wirken sich auch auf die Folgejahre positiv aus und führen im Jahr 2012 zu den nachfolgenden Entlastungseffekten:

Positive Entlastungseffekte aus der Planung 2010 im Hinblick auf 2012:

- Entlastungsmassnahmen im Hauptverfahren: -29 Mio. Fr.
- Fortsetzung Entlastungsmassnahmen aus Eventualplanung 2009: -48 Mio. Fr.

○ Massnahmenpaket zur Verhinderung einer Neuverschuldung	-93 Mio. Fr.
Positive Entlastungseffekte aus der Planung 2011 im Hinblick auf 2012:	
○ Entlastungsmassnahmen im Hauptverfahren:	-136 Mio. Fr.
Total	-306 Mio. Fr.

Zudem hat der Regierungsrat aufgrund der Budgetunterschreitungen in den vergangenen Rechnungsjahren im letzten Planungsprozess seinen den Korrekturfaktor zur Erhöhung der gesamtstaatlichen Budgetgenauigkeit im Zahlenwerk berücksichtigt, welcher zu einer zusätzlichen Reduktion der Zahlenwerte im Voranschlag und Aufgaben-/Finanzplan führt.

Als Folge der intensiven Sparanstrengungen der Vorjahre stellen «einfache Rezepte» deshalb keine tauglichen Lösungsansätze mehr dar. Das Sparpotenzial ist nach Auffassung des Regierungsrates ausgeschöpft. Ergiebige Haushaltsentlastungen sind nur noch durch einen Abbau staatlicher Leistungen möglich.

Alle Bereiche leisten Sparbeiträge

Mit Blick auf die drohenden Fehlbeträge hat der Regierungsrat ein Entlastungspaket erarbeitet, das den Haushalt im Jahr 2012 um 277 Mio. und in den Folgejahren 2013 bis 2015 um 242 Mio. bis 256 Mio. Franken verbessern soll. 205 Mio. Franken der Ergebnisverbesserung im kommenden Jahr werden in der Laufenden Rechnung erzielt, 72 Mio. Franken durch Kürzungen bei den Investitionen. Damit liegt das vom Regierungsrat ausgearbeitete Entlastungspaket wesentlich über der ursprünglich angekündigten Zielgrösse von 200 Mio. Franken. Zur Budgetentlastung tragen alle Direktionen und die Staatskanzlei bei – in unterschiedlichem Ausmass, aber im ungefähren Verhältnis zu ihren Budgets.

Nachfolgend eine Zusammenfassung der *wichtigsten* Massnahmen für das Jahr 2012 (detaillierte Angaben mit den Budgetzahlen finden sich im Anhang zur Medienmitteilung)

- **Volkswirtschaftsdirektion:**
 - Kürzung bzw. Streichung von Kantonsbeiträgen und Investitionsdarlehen an die Landwirtschaft.
 - Erhöhung des Kostendeckungsgrads in der landwirtschaftlichen Beratung.
 - Leistungsabbau bei der Wirtschaftsförderung und der Regionalentwicklung.
 - Leistungs- und Stellenoptimierungen im beco.
 - Kürzung von Kantonsbeiträgen an die Forstwirtschaft.

Gesamtentlastung 2012: 7,4 Mio. Franken
(100% Einsparungen, 0% Mehreinnahmen)
- **Gesundheits- und Fürsorgedirektion:**
 - Kürzung der Tarife an die Akutspitäler um 10 Prozent auf das Niveau des Kantons Zürich sowie Kürzung der Zusatzfinanzierungen.
 - Kürzungen der Nettoinvestitionen bei der somatischen Spitalversorgung um sieben Prozent.
 - Verzicht auf den Vollausbau von Testarbeitsplätzen bei Angeboten der sozialen Existenzsicherung.
 - Reduktion der Betriebsbeiträge an Behinderteninstitutionen um 1,4 Prozent.
 - Kürzung der Mitfinanzierung eines Pflegeheimaufenthaltes durch den Kanton für Personen mit Ergänzungsleistungen um 1,4 Prozent.
 - Erhöhung der Kostenbeteiligung bei hauswirtschaftlichen Leistungen sowie bei Pflegeleistungen der Spitex.

Gesamtentlastung 2012: 108,3 Mio. Franken
(100% Einsparungen, 0% Mehreinnahmen)
- **Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion:**
 - Verzicht auf die Kantonalisierung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden.
 - Reduktion der Aufträge an Dritte im Bereich Raumordnung.
 - Tiefere Beitragssätze an Planungen im Bereich Raumordnung; tiefere Budgets für Energierichtplanungen
 - Kürzung des Budgets für Beiträge an Gemeindefusionen.

Gesamtentlastung 2012: 26,2 Mio. Franken
(97,5% Einsparungen, 2,5% Mehreinnahmen)

- *Polizei- und Militärdirektion:*
 - Verschiebung der geplanten Personalaufstockung der Kantonspolizei um 30 Stellen.
 - Mehrertrag aus Bussen und aus dem Botschaftsschutz (Mehreinnahmen).
 - Kürzung der Mittel zur Missbrauchsbekämpfung und der Integrationsbemühungen im Asylwesen.
 - Allgemeine Aufwandkürzungen im Straf- und Massnahmenvollzug.
 - Verzicht auf mehrere Ersatz- und Neuanschaffungen.

Gesamtentlastung 2012: 18,4 Mio. Franken
(64% Einsparungen, 36% Mehreinnahmen)

- *Finanzdirektion:*
 - Outsourcing des kantonalen Kommunikationsnetzes BEWAN.
 - Kürzungen bei kantonalen Informatikanwendungen.
 - Erhöhung der Mahngebühr bei Steuererklärungen und im Inkasso (Mehreinnahmen).
 - Einsparungen bei den Kosten für die Kapitalbeschaffung.

Gesamtentlastung 2012: 11,5 Mio. Franken
(74% Einsparungen, 26% Mehreinnahmen)

- *Erziehungsdirektion:*
 - Kindergarten und Volksschule: Reduktion des Schülerpensums um ca. eine Wochenlektion pro Schuljahr.
 - Reduziertes Wachstum der Tagesschulen.
 - Aufhebung gewisser Ausbildungsgänge an Lehrwerkstätten.
 - Schliessung der Schlossbergschule in Spiez.
 - Höhere Beiträge des Bundes an die Berufsbildung (Mehreinnahmen).
 - Anhebung der Studiengebühren an Universität, Pädagogischer Hochschule und Fachhochschule um 150 Franken pro Semester (Mehreinnahmen).

Gesamtentlastung 2012: 64,7 Mio. Franken
(74% Einsparungen, 26% Mehreinnahmen)

- *Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion*
 - Einsparungen Stromeinkauf für Kantonsliegenschaften.
 - Längere Reinigungsintervalle beim Unterhalt der Kantonsstrassen.
 - Reduktion der Belags- und Rissanierungen beim Unterhalt der Kantonsstrassen.
 - Einsparungen beim Unterhalt der Kantonsliegenschaften.
 - Einsparungen bei Gewässeruntersuchungen.
 - Erhebung von Gebühren für den Bau von Werkleitungen in Kantonsstrassen.
 - Kürzung sowie Verschiebung von geplanten Projekten in den Bereichen Kantonsstrassen, Nationalstrassen, Wasserbau, Maschinen/Geräte, Betrieb der Liegenschaften und Entwicklung des Liegenschaftsbestandes.

Gesamtentlastung 2012: 39,7 Mio. Franken
(97,5% Einsparungen, 2,5% Mehreinnahmen)

- *Staatskanzlei*
 - Erhöhung der Gebühren bei Beglaubigungen.
 - Streichung der Subventionen an Radio Jura bernois und Canal 3.
 - Verzicht auf Wiederbesetzung vakanter Stellen.
 - Neue Subventionen des Bundes zur Förderung der Mehrsprachigkeit (Mehreinnahmen).

Gesamtentlastung 2012: 0,7 Mio. Franken
(79% Einsparungen, 21% Mehreinnahmen)

Als gesamtstaatliche Massnahme wird das Beschaffungswesen des Kantons Bern optimiert. Das Einsparpotenzial beträgt rund 18 Mio. Franken pro Jahr. Das Projekt wurde gestartet, die Einsparungen sind ab 2013 budgetiert.

Aufgrund der besorgniserregenden finanziellen Perspektiven werden voraussichtlich auch das Kantonspersonal und die Lehrkräfte trotz des bereits erheblichen Lohnrückstands erneut einen spürbaren Beitrag zur Entlastung des Haushalts leisten müssen. Gemäss aktuellen Prognosen müsste für den vollen Teuerungsausgleich sowie den individuellen Gehaltsaufstieg im Jahr 2012 ein Lohnsummenwachstum von 2,5 Prozent eingestellt werden. Der Regierungsrat hat jedoch zurzeit lediglich 1,5 Prozent vorgesehen.

Weiter hat der Regierungsrat beschlossen, im kommenden Jahr erneut keine neuen unbefristeten Stellen mit Kostenfolgen zu bewilligen. Ausgenommen vom Stellenmoratorium ist das sich im Bau befindende Regionalgefängnis Burgdorf, für das die Regierung 25 Stellen bewilligt hat, um es nicht verzögert in Betrieb nehmen zu müssen (was zu Mehrkosten für zu erstellende Provisorien geführt hätte).

Wie geht es weiter?

Bis im August werden das Budget 2012 sowie der Aufgaben- und Finanzplan 2013–2015 erarbeitet. Das Gesamtergebnis für das Budget 2012 hängt von verschiedenen Faktoren ab, die sich im Verlauf der kommenden Wochen noch präziser abschätzen und in das Zahlenwerk integrieren lassen.